

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
für den Frauen- und Jugendzweig einschließlich Friseurlohn monatlich 90 Pf.  
Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 3.50 — Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14 Tel. 1769.  
Belichtungszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 geteilte Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstarifen 20 Pf. Insetrate müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 265.

Dresden, Dienstag den 15. November 1910.

21. Jahrg.

## Der Zusammenbruch der Vetokonferenz.

London, 13. November.

Die Vetokonferenz ist ausgefallen. Nach 21 über fünf Monate sich hinziehenden geheimen Konferenzen zwischen den Ministern und den konservativen Führern muß der Ministerpräsident jetzt amtlich erklären, daß die Verhandlungen in völligem Stillstande geendet haben. Schon die Erörterungen der Freihandelsorgane der beiden Parteien während der letzten Wochen konnten keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß dies der Ausgang sein würde, falls man sich nicht auf einen gigantischen, fast abenteuerlichen Plan einer Verfassungsumwälzung mit Home-Rule und Reichsföderation einigen konnte. Einem solchen Schwindel erwies sich trotz ehrlicher Versuche nicht einmal der bekannte „politische Genius“ der Engländer gewachsen, und so ist die Konferenz mit ihrem Gottesfrieden wohl endgültig begraben. Kein Demokrat wird ihr eine Leiche nachweinen. Sie war von Anfang an ein sinnreicher Kunststreich, um unter dem Vorwand der nationalen Trauer das Volk um seinen Sieg zu betrügen und die Vorrechte der Herrschenden zu retten. Nun, da der Anschlag mißlungen, wird das Volk vielleicht Gelegenheit haben, sich wieder Gehör zu verschaffen.

Die offizielle Bekanntmachung erklärt ausdrücklich, daß der Verlauf der Verhandlungen und die Ursachen ihres Zusammenbruchs nicht bekannt gemacht werden sollen. Das ist nun freilich eine höchst bequeme Art, sich der Verantwortung für die Verdröbelung der Zeit und für die Nichterfüllung des in den Januarwahlen klar ausgesprochenen Willens des Volkes zu entziehen. Die Folgen dieser „Distraction“ stellen sich bereits ein. Die Presse der beiden Parteien ist voll von wechselseitigen Vorwürfen, der eine sucht dem andern die Schuld für das Fiasko zuzuschreiben. Man braucht keineswegs tief in die Geheimnisse der Konferenz eingedrungen zu sein, um erklären zu können, daß wenigstens die konservative Partei mit ihren Vorwürfen der Regierung bitteren Unrecht zufügt. Es war ganz gewiß nicht die Schuld der Regierung, wenn es jetzt wieder zu einem Kampfe gegen die Lords kommen muß, anstatt daß sich alles im schönen Wohlgefallen eines faulen Kompromisses auflöst. Sätte die Regierung den Kampf gemollt, dann wäre die Vetokonferenz niemals geboren worden. Nein, man kann den Liberalen diesmal ruhig glauben, wenn sie klagen, daß die Konferenz zusammenbrechen mußte, weil die Wortführer der Lords auch nicht den geringsten Teil ihrer Vorrechte kampflos aufgeben wollten.

Was nun? Man scheint es auf allen Seiten für selbstverständlich zu halten, daß Parliamentsauflösung und Neuwahlen in kürzester Zeit, wahrscheinlich noch vor Weihnachten folgen müssen. Es ist bezeichnend, daß die Liberalen nicht sehen können oder wollen, daß dies einen abermaligen schmachvollen Rückzug der Regierung vor den Lords bedeuten würde. Wozu Neuwahlen, da ein Wahltag der Liberalen doch nur die Lage von heute und vom letzten Januar wieder herstellen könnte? Sätte die Regierung politische Ehre und Mäandrat im Spiele, dann würde sie ohne Aufschub daran gehen, mit ihrer jetzigen Mehrheit das Vetorecht der Lords abzuschaffen und sie zur Untertwerfung zu zwingen.

Das Parlament tritt am Dienstag zusammen und der Ministerpräsident wird dann die Pläne der Regierung wenigstens für die nächsten Wochen veröffentlichen müssen. Bis dahin sind nur mehr oder weniger begründete Vermutungen möglich. Faktisch ist die Lage vom Anfang Mai wiederhergestellt, als der Tod König Eduards die Regierung zu einer Waffenstillstand mit den Lords veranlaßte. Damals einem Vetoresolutionsstand das Unterhaus passierte hatten die Vetoresolutionen das Unterhaus überwunden worden; und waren dem Oberhause zur Beratung überwiegen worden; die auf sie gegründete Vetoreloge war ebenfalls bereits in erster Lesung vom Unterhause angenommen. Sie enthielt die folgenden Vorschläge: 1. Finanzvorlagen dürfen vom Oberhause nicht abgelehnt werden; 2. andere Vorlagen können vom Oberhause zweimal abgelehnt werden, werden aber nach dem drittenmal erfolglos Annahme durch das Unterhaus auch ohne die Zustimmung des Oberhauses; 3. die Maximaldauer eines Parlaments wird auf fünf Jahre beschränkt. Unmittelbar vor der Passierung dieser Resolutionen im Unterhause gab der Ministerpräsident Asquith im Namen der Regierung die Erklärung ab, daß er im Falle der Ablehnung der Resolutionen durch das Oberhaus sofort vom Amt zurücktreten werde. Nichts hindert die Regierung, sich heute auf dieselbe Weise vorzugehen und dem Vetorechte der Lords noch im Laufe dieser Session endgültig den Garau zu machen. Im Falle dieser Session sind stets eine unsichere Sache; es ist ganz allgemein bekannt, daß sie der Regierung eine Niederlage bringen, oder auch im ärmlichsten Falle können sie die Oberhausfrage nicht weiter vordrängen, als sie heute schon ist. Kommen also Neuwahlen, dann werden sie nur ein neues Zeichen der Schwäche und Teilhaftigkeit der Regierung sein.

Im Mittelpunkt der Lage steht nun wieder die irische Frage. Da die Liberalen über keine selbständige Mehrheit im Unterhause verfügen, so ist Asquith den Freen mit

Sout und Gaoren ausgeliefert, sobald er sich mit der konservativen Opposition nicht vertragen kann. Und die Freen verstehen es, diesen Vorteil gründlich auszunutzen. Ihnen ist es denn auch zu verdanken, wenn die Vetofrage trotz aller Verurteilung der Regierung bisher doch noch nicht völlig verpufft ist. Nach dem Fiasko der Konferenz, das gerade auf die irische Home-Rule-Schwierigkeit zurückzuführen wird, werden die Freen wohl noch energischer als bisher darauf drängen, daß mit dem Veto der Lords endlich aufgeräumt wird. Die stärkste Waffe zur Rettung der Regierung haben sie in dem Umstand, daß der Etat noch nicht erledigt ist und von ihren Stimmen abhängt. Bei der Gestaltung der kommenden Ereignisse werden also die Wünsche der Freen eine entscheidende Rolle spielen. Auch die Arbeiterpartei hat jetzt wieder eine vortreffliche Gelegenheit, sich zu einem bedeutenden Machtfaktor der Politik zu machen, wenn sie mit den Freen zusammenwirkt und ebenso rücksichtslos wie diese die Regierung zur Gewährung ihrer Wünsche nötigt.

Ausführung!

London, 14. November. Der Daily Chronicle ist zu der Mitteilung ermächtigt worden, daß die Regierung beschlossen habe, das Parlament unverzüglich aufzulösen.

## Eine bedeutungsvolle Enquete.

Der Zusammenbruch des Agrarabstimmens.

Enqueten haben gemeinhin den Zweck, die Abhilfe von Notständen mit wissenschaftlicher Gründlichkeit zu begründen. Der seltene Fall aber, daß die Ergebnisse einer Enquete so niedererschmetternd sind, daß auch die regierende Bürokratie nicht mehr daran denken kann, das Uebel zu verurteilen, hat sich, wie bereits kurz berichtet, in Bayern ereignet. Als das Staatsministerium des Innern am 10. Oktober eine außerordentliche Viehzählung vornehmen ließ, hatte es vielleicht gehofft, mit den gewonnenen Ergebnissen den Schrei nach der Öffnung der Grenzen für ausländisches Vieh und Fleisch ziffernmäßig bewähren zu können, nach dem alten, jetzt wieder besonders in Preußen beliebten Rezept: das Volk ruft: Broten! Die Regierung antwortet: Veraten!

Die Ergebnisse der Zählung aber bedeuten nichts mehr und nichts weniger als den völligen Zusammenbruch der deutschen Agrarpolitik. Man wußte freilich schon seit den Ergebnissen der letzten Gewerbebeziehung, daß die deutsche Vieh- und Fleischproduktion, bei absoluter Zunahme, doch erheblich hinter dem Wachstum der Bevölkerung zurückgeblieben war. Die neue Viehzählung Bayerns, also des Staates mit der verhältnismäßig stärksten mittelbayerischen Bevölkerung und mit einem Parlament, in dem nicht nur das agrarische Zentrum, sondern die Pseudomehrheit hat, sondern in dem auch die anderen bayerischen Parteien durchwegs agrarisch gesinnt sind, hat für immer die Lüge entlarvt, daß durch den Agrarabstimm über den Fülle und Schwere die nationale Landwirtschaft in den Stand gesetzt werden solle, den einheimischen Bedarf aus eigenen Kräften zu befriedigen. Es ist nach der geringsten Wert dieser Enquete, die die bayerische Regierung doch nach einigem Hören veröffentlichte, daß wir nun statistisch die Urkataster der unzureichenden Viehbestände erhalten; daß die Forderung nun zugehen und die Viehnot bewiesen ist. Das wußte man schon vorher, trotz des schamlosen Lohns der Agrarpresse über den Viehnottrummel. Jetzt wissen wir aber, in welchem beispiellosen Maße der sogenannte Agrarabstimm zum Raubbau gerade in der kleinen und mittleren Landwirtschaft geführt, die Produktion gelähmt und endlich durch die den Junkerinteressen angedachte Politik gerade die Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung, nicht nur die der Konsumenten, verhängnisvoll verschlechtert hat.

Das wichtigste Ergebnis der Zählung ist der nicht nur relative, sondern absolute Rückgang des Viehbestandes. Gegen die Zählung vom Dezember 1907, also binnen drei Jahren, hat sich die Zahl der Rinder um 6,4 Proz. vermindert. Der Bestand der Schafe hat um 13,2 Proz. abgenommen. Abgenommen haben allerdings die Schweine um 8,7 Proz. Aber abgesehen davon, daß von diesen Schweinen ein zunehmender großer Teil wieder ausgeführt wird und dieses Mehr natürlich großer Rückgang an Rindern und Schafen nicht entfernt auszugleichen vermag, so wird in der amtlichen Aufzählung ausdrücklich erklärt, daß das Fortschreiten der Schweißhaltung nur dann von Dauer sein würde, wenn die diesjährige Kartoffelernte gut sein sollte (die aber nichts weniger als günstig ist).

Die Ziffern veranschaulichen sich noch durch die Erklärung, daß gerade das Junavieh von 3 Monaten bis zu 2 Jahren um nicht weniger als 17,7 Proz. abgenommen hat, in der Oberpfalz sogar um 21,9 Proz., in Niederbayern 21,1 Proz.

Auf den vier wichtigsten Viehmärkten wurden im laufenden Jahre gegen das Vorjahr 2508 Rinder und 7258 Kälber bloß in den beiden Monaten September und Oktober weniger angetrieben. Daß unter diesen Umständen die Preise wucherisch in die Höhe gehen, bedarf danach keiner näheren

Begründung. Die Preise für Schlachtleich haben im Oktober in bayerischen Städten 90 Pf. erreicht, für Kalbfleisch in München und Nürnberg 88, in Augsburg 90 Pf. Das Schweinefleisch kostet in München 91, in Nürnberg und Augsburg 90 Pf. Die Preise für Schweinefleisch sind trotz des vermehrten Auftriebs und des Rückgangs des Preises für Schlachtleich um eine bis drei Mark für den Zentner nirgends gesunken.

Die Regierung hat sich bei ihrer Untersuchung über die Gründe dieses Rückgangs der bayerischen Viehproduktion nicht nur an die Verwaltungsbehörden, sondern auch an die landwirtschaftlichen Interessenvertretungen gewandt. Man darf also von vornherein annehmen, daß die Zusammenstellung der Urkataster agrarisch gefärbt ist. Diese agrarischen Gründe widersprechen sich denn auch, wie Schwindelweien sich stets widersprechen. So wird als ein Grund für den Rückgang der Rinderzucht angegeben der durch die Rückführung auf die Dienstboten veranlaßte Mehrverbrauch von Fleisch in den ländlichen Haushaltungen. Es ist unerfindlich, warum deshalb weniger Rinder gezüchtet werden sollen, wenn mehr gebraucht werden. Gleich dahinter aber liest man als anderen Grund: Mangel an Dienstboten. Es müssen sonach offenbar die weniger gezüchteten Rinder von den nicht vorhandenen Dienstboten in gekauften Hirt versorgt worden sein. Aber auch diese agrarische Ursachenfütterung muß nicht nur die quantitative Verminderung, sondern auch die qualitative Verschlechterung des Viehbestandes zugeben: die ruhmlose Ausnutzung der Tiere durch die Milch- und Käsewirtschaft, die Degeneration der Kühe durch den gebürnlich machenden Scheibentatarrh. Daneben wird auf die ungenügende Futtermittel, besonders aber auf die nach Menge und Güte ungenügende Sauernte des Vorjahres hingewiesen. Endlich aber wird auch zugestanden, daß die auf die Bedürfnisse der Großgrundbesitzer des Ostens zugeschnittene Zollpolitik die bäuerliche Viehwirtschaft ungünstig macht, wegen der hohen Preise für Maerweid und für Kraftfutter wird die Rinderzucht unlohnend. Deshalb hat ja auch der bayerische Landwirtschaftsrat kürzlich die Aufhebung der Einfuhrzölle für Futtermittel und Mais, sowie die Ermäßigung der Frachttarife für Futtermittel vorgeschlagen. Der Junker heult mitihm durch seine Zollpolitik den Bauern heute noch ebenso aus wie vordem durch die Leibeigenschaft und Erbuntertänigkeit. Und das die bäuerlichen Interessen annehmlich vertretende Zentrum hat mit den industriefreundlichen Liberalen zusammen diese Zollpolitik gemacht, die gleichermassen die Bauern schädigt, die Industrie schärfer befaßt als alle sozialpolitischen Gebiete und die konsumierende Bevölkerung durch Verschlechterung, Verringerung und Verteuerung der notwendigen Nahrung wirtschaftlich auswüchert und fürverlich verarmt.

Die bayerische Regierung trägt nach den Ergebnissen dieser erschütternden Enquete trotz ihrer Angst vor dem Zentrum nicht mehr, den Rückstand abzulicquieren und rafft sich an dem Entschluß auf, die Einfuhr von Schlachtleich aus Frankreich auch nach Bayern zu ermöglichen. Ferner hat sie bei der Reichsleitung Schritte getan, um eine Erleichterung der Einfuhr von Schlachtleich aus Dänemark herbeizuführen. Doch wird in der amtlichen Auslösung dazu bemerkt: „Die Verhandlungen hierüber sind noch im Gange“, das heißt, Preußen widerlegt sich jeder Vinderung der Vieh- und Fleischnot.

Es gibt nur ein durchgreifendes Heilmittel: die vollständige Öffnung der Grenzen, die Aufhebung der Zölle für Futtermittel zugleich und für Vieh, die unbedingte Zulassung frischen und bearbeiteten Fleisches aus Amerika. Der Zollschutz hat nach den unwiderleglichen Zahlen der bayerischen Enquete die nationale Produktion nicht gefördert, sondern schwer beeinträchtigt — bis zur Verwüstung des quantitativen und qualitativen Viehbestandes. Auch unter dem Gesichtspunkt der Förderung der nationalen Produktion muß die sofortige Beseitigung dieser Junkerpolitik gefordert werden, die nicht nur den Arbeiter, sondern auch den Bauern in seiner Existenz schwer bedroht.

Daß die bayerische Viehzählung das Ende der hochschütz-junkerischen Junkerpolitik nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch werde, dafür müssen bei allen künftigen Wahlen die Wähler sorgen. Vorübergehende Erleichterungen können das Uebel nicht beheben, grundsätzliche Umkehr ist notwendig.

## Immer noch Anfang.

Seit dem 9. November kappert in Berlin die Sozialistischer Justizmühle, ohne bisher etwas anderes produziert zu haben als Revisionsgründe. Fast acht Tage wird schon verhandelt und verurteilt und verurteilt, aber noch ist nicht einmal in die Vernehmung der Angeklagten eingetreten worden.

Schuld an dieser Verschleppung trägt der gänzlich unzureichende bürokratische Apparat, der den Anforderungen dieses Massenprozesses nicht gewachsen ist. Schon am Donnerstag wurde die Zeit ganz nutzlos vertrieben, da eine für 10 Uhr vormittags angelegte Sitzung erst gegen 2 1/2 Uhr ihren Anfang nehmen konnte, und am Montag erlebte man ein ähnliches Schauspiel. Statt um 12 Uhr begann die Sitzung erst um 2.